



Presseschau vom 20.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Die zweite Front: Die Bundesregierung bereitet einen Wirtschaftskrieg mit China vor

Nach dem Besuch von Pelosi in Taiwan droht eine Eskalation mit China. Deutsche Politik positioniert sich an der Seite der USA. Ein Wirtschaftskrieg mit China in Verbindung mit den Russland-Sanktionen hätte für Deutschland weitreichende Konsequenzen. ...

<https://kurz.rt.com/3511> bzw. [hier](#)

Anton Gentzen: Leipzig: Störertrupp um linke Landtagsabgeordnete überfällt Vorführung bei Filmfestival

In der Leipziger "linken" Szene ist Gewalt nichts Neues. Am 18. August wollten Globalisierungskritiker um den Aktivistin Mike Nagler Oliver Stones Ukraine-Doku vorführen und diskutieren. Ukraine-Freunde provozierten, und eine "linke" Landtagsabgeordnete spielt dabei mehr als nur eine Zuschauerrolle. ...

<https://kurz.rt.com/353e> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Waschlappen-Performance" – Kritik an Energiespartipps angesichts massiver Preissteigerungen

Die Energiekosten werden für viele ab Oktober nochmal kräftig steigen, da mehrere Versorger bereits die Gasumlage kassieren wollen. Dabei legen Recherchen nahe, dass die Firmen gar nicht von Insolvenzen bedroht sind. Verbraucher dürfen sich über neue Spartipps freuen. ...

<https://kurz.rt.com/3540> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Russlands Botschaft an die Welt: Reicht uns die Hand, wir helfen euch auf dem Weg in die Freiheit

Vor einigen Tagen gab es auf der Moskauer Sicherheitskonferenz gleich zwei bemerkenswerte Reden hintereinander. Von Putin ist man das schon gewohnt; aber diesmal legte Schoigu in einer zweiten Rede nach. Es sind Reden, die – zu Recht – von einem Umbruch sprechen. ...

<https://kurz.rt.com/353q> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Monitor" freut sich: Alina Lipp bald vor Gericht

Die Sendung "Monitor" des Westdeutschen Rundfunks war vor etwa einem Jahrzehnt noch für kritischen Journalismus bekannt. Wofür das Magazin heute steht, zeigt sich an einem Post auf Facebook, in dem "Monitor" unverhohlene Freude über die Strafverfolgung der aus Donezk berichtenden Journalistin Alina Lipp erkennen lässt. ...

<https://kurz.rt.com/355g> bzw. [hier](#)

Uli Gellermann: NATO-Siegesfeier in Kiew? – Gab es denn eine Siegesfeier in Kabul?

"Geberkonferenz in Kopenhagen – 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine", so lautet eine Ukraine-Schlagzeile der Tagesschau vom 11. August. Mal wieder trafen sich diverse NATO-Länder; diesmal in Kopenhagen, um weitere Waffenlieferungen zu beschließen. Man will 1,5 Milliarden Euro an das Regime in Kiew überweisen. ...

<https://kurz.rt.com/34rq> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Auf zur nächsten Impfung? Eine STIKO-Empfehlung mit Risiken

Die Ständige Impfkommission empfiehlt eine "weitere Auffrischimpfung" gegen COVID-19

nun für "Vorerkrankte" und über 60-Jährige. Doch einige Daten widersprechen ihrer Begründung, andere fehlen ganz, ebenso wie eine nachvollziehbare Risiko-Nutzen-Analyse.

...

<https://kurz.rt.com/354b> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Ein Land zum Frieren – der Focus gibt Tipps für den Kältewinter

Wärme steht nicht umsonst im Deutschen für das Gute. Man spricht vom warmen Nest, von Herzenswärme, von einem warmen Empfang. Kälte ist auch metaphorisch das Gegenteil. Die verordnete Kälte der Wohnungen wird von entsprechender sozialer Kälte begleitet. ...

<https://kurz.rt.com/350q> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:42 de.rt.com: Bundesfamilienministerin warnt vor Zunahme von Kinderarmut

In einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland warnt Familienministerin Lisa Paus (Grüne) vor einer Zunahme von Kinderarmut. Sie fordert angesichts steigender Lebenshaltungskosten eine schnelle Erhöhung des Kindergelds und der Grundsicherung. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) sieht angesichts steigender Preise für Energie und Lebensmittel dringenden Handlungsbedarf. Die Gefahr einer Zunahme von Kinderarmut sei groß, denn viele Familien mit Kindern stünden mit dem Rücken zur Wand. Es brauche daher weitere Entlastungen, die zielgenau jene treffen, die sie benötigen, meint die Ministerin. In der Corona-Zeit hätten Einmalzahlungen sehr gut geholfen. Das sei jetzt anders. Die Ministerin fordert daher Kindergelderhöhungen und eine Erhöhung der Grundsicherung. Sie führt aus:

"Wir brauchen dringend eine Kindergelderhöhung. Die erreicht alle Familien. Mit angepassten höheren Leistungen in der Grundsicherung müssen wir zudem besonders den Ärmsten im Land helfen."

Die von Finanzminister Christian Lindner (FDP) angekündigte Kindergelderhöhung von acht Euro für das erste und zweite Kind und von zwei Euro ab dem dritten hält Paus für nicht ausreichend. Die Erhöhung werde die Inflation nicht auffangen. Außerdem fordert sie, die Kindergelderhöhung in ein umfassenderes Konzept von Hilfeleistungen einzubinden.

Die Ministerin möchte zudem die Regelsätze der Grundsicherung künftig schneller an die Inflation anpassen. Bisher geschehe das zu langsam. Angesichts der Situation müssten die Regelsätze für Erwachsene und Kinder stark steigen. Auf die Frage, ob es sinnvoll wäre, die Schuldenbremse ein weiteres Jahr auszusetzen, antwortet die Ministerin ausweichend:

"Diese Regierung hat sich in dieser Krise dadurch ausgezeichnet, dass sie das, was notwendig ist, auch ermöglicht – denken Sie nur an die Grundgesetzänderung für das Sondervermögen für die Bundeswehr. Deswegen bin ich sicher, dass wir auch bei der weiteren Finanzierung von Entlastungen auf der Höhe der Zeit sein werden."

Die Bundesregierung hat im Licht der ökonomischen Situation im Frühjahr einen Haushalt für das kommende Jahr vorgelegt, der die Schuldenbremse einhält. Wir befinden uns mit Krieg in Europa und der Pandemie, hoher Inflation und steigenden Energiekosten in einer Ausnahmesituation. Die momentane Dynamik spricht nicht dafür, dass 2023 ein einfaches Jahr sein wird. Wir werden darüber reden müssen, ob es mit Blick auf das Grundgesetz gute Argumente dafür gibt, die Schuldenbremse für das Jahr 2023 noch einmal auszusetzen."

Die Ministerin stellt in Aussicht, dass Schulen und Kitas im Fall von Energieknappheit bevorzugt versorgt werden. Die Entlastung müsse unbedingt gelingen, meint Paus. Gelänge sie nicht, berge das enormen gesellschaftlichen Sprengstoff. Die Ministerin versteht die Erhöhung des Kindergelds und der Grundsicherung daher als demokratiesichernde Maßnahme. Paus meint:

"Der russische Präsident Wladimir Putin will unsere Demokratie destabilisieren, indem er die

Gaszufuhr drosselt. Wir dürfen ihm da nicht auch noch zur Hand gehen. Gerade jetzt müssen wir den Zusammenhalt im Land stärken."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff718648fbef0df55686e0.jpg>
Familienministerin Lisa Paus (Grüne) bei ihrer Sommertour

21:38 de.rt.com: **USA kündigen neues Militärhilfepaket für die Ukraine an**

Die USA bereiten die Verabschiedung eines neuen Militärhilfepakets im Umfang von 775 Millionen US-Dollar vor, das der Ukraine in Kürze gewährt werden soll. Dies teilte ein hochrangiger Vertreter des US-Verteidigungsministeriums bei einem Briefing am Freitag mit. Laut dem Verteidigungsbeamten beinhaltet die Tranche unter anderem 1.500 TOW-Panzerabwehrwaffen, HARM-Anti-Radar-Raketen und 1.000 Javelin-Panzerabwehrraketen. Im Rahmen des neuen Hilfspakets wird Washington Kiew außerdem 15 Drohnen vom Typ ScanEagle zur Verfügung stellen. Die unbemannten Luftfahrzeuge des US-amerikanischen Herstellers Boeing werden hauptsächlich zur Aufklärung, Überwachung und Gewinnung nachrichtendienstlicher Informationen eingesetzt.

Dazu kommen Munition für HIMARS-Raketenwerfer, 16 Haubitzen im Kaliber 105 Millimeter sowie 36.000 Granaten, so der Sprecher des Pentagons. Die USA prüfen zudem die Möglichkeit, der Ukraine neue Waffensysteme zu liefern, die "die Lage auf dem Schlachtfeld" im Süden und Osten des Landes verändern würden, hieß es.

21:42 de.rt.com: **Wegen Holocaust-Vergleich: Berliner Polizei ermittelt gegen Palästinenserpräsident Abbas**

Obwohl Abbas Holocaust-Vergleich nicht auf Holocaustleugnung hindeutet, will die Berliner Polizei gegen ihn ermitteln. Der ukrainische Präsident Selenskij zog in letzter Zeit wiederholt Bilder des Holocausts heran, um gegen Russland aufzuhetzen. Bislang wurde kein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen eines Holocaust-Vergleichs angeordnet.

Die Berliner Polizei ermittelt laut *Bild*-Informationen gegen Palästinenserpräsident Mahmud Abbas wegen dessen Aussage bei einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt, Israel hätte seit dem Jahr 1947 "50 Holocausts" an Palästinensern begangen. In einem Fachkommissariat des Landeskriminalamts (LKA) werde ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der "Volksverhetzung" bearbeitet, erklärte eine Sprecherin der Berliner Polizei nach *Bild*-Angaben.

Palästinenserpräsident Abbas warf Israel bei seinem Besuch in Berlin vielfachen "Holocaust" an den Palästinensern vor, nachdem ein Journalist versucht hatte, ihn durch eine Frage nach "palästinensischen Terroristen" zu provozieren.

Der Journalist wollte wissen, ob Abbas sich zum 50. Jahrestag des von "palästinensischen Terroristen" verübten Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München bei Israel entschuldigen werde. Tagtäglich habe man Tote, die von der israelischen Armee getötet werden, erklärte Abbas darauf. Bereits im Februar warf die Menschenrechtsorganisation Amnesty International Israel in einem Bericht zum Umgang mit den Palästinensern "das

Verbrechen der Apartheid" vor.

Ein juristischer Schritt gegen Abbas in Deutschland ist sehr fraglich, da eine diplomatische Immunität für Abbas als Repräsentant der palästinensischen Autonomiebehörde besteht. Insofern dürfte Abbas nicht strafrechtlich belangt werden, falls man überhaupt die Holocaust-Nennung als eine Straftat einordnen könnte, denn Abbas Holocaust-Vergleich deutet nicht auf eine Holocaustleugnung hin. Der ukrainische Präsident Selenskij – immerhin selbst Jude – hat in letzter Zeit wiederholt Bilder des Holocausts herangezogen, um den Westen öffentlich zu nötigen, Waffen an die Ukraine zu liefern. Bislang wurde kein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen eines Holocaust-Vergleichs angeordnet.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456256624&hash=9849607a07bf15aa" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456256624

22:15 de.rt.com: **Duma-Sprecher: USA verdammen Europa zu Hunger, Kälte und Isolation**

Der Preis, zu dem Washington sein Gas an Europa verkauft, sei siebenmal so hoch wie der Preis auf dem heimischen Markt, kritisierte der Sprecher der russischen Staatsduma. Die USA verdammen Europa damit zu "Hunger, Kälte und Isolation".

"In den USA kostet das Gas heute 333 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Washington verkauft es an Europa zum 7,3-fachen Preis, und macht die EU-Wirtschaft damit nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Inflation hat mit 8,9 Prozent bereits ein Rekordhoch für die Eurozone erreicht", schrieb der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, auf Telegram. Die USA verdammen Europa "zu Hunger, Kälte und Isolation". Zudem habe die ungewöhnliche Hitzewelle in Europa die Landwirtschaft stark beeinträchtigt, die Ernte sei um 20 Prozent zurückgegangen. Die Stromkosten hätten sich im Laufe des Jahres versechsfacht, fügte er hinzu.

Die Entscheidung der EU-Länder, russische Energieträger abzulehnen, sei auf Druck Washingtons zustande gekommen, zeigte sich der Sprecher überzeugt. Dasselbe gelte auch für das derzeit diskutierte Einreiseverbot für russische Bürger in die Europäische Union. Zu den Ländern, die zu den "Verbreitern der US-Politik" in Europa geworden seien, gehören ihm zufolge England, Litauen, Lettland, Estland, die Ukraine, Polen, die Tschechische Republik und Finnland.

"Washington ist bereit, alles zu tun, um seine Macht in der Welt zu erhalten, und opfert dafür das Wohlergehen der Bürger und die Wirtschaft der europäischen Länder."

Wolodin hatte Europa wiederholt für die verhängten Sanktionen gegen Russland kritisiert. Anfang August erklärte er, dass die Sanktionspolitik des Westens nur zu höheren Preisen, Inflation und Energiemangel geführt habe.

Seine Äußerungen fallen zu einem Zeitpunkt, an dem die EU aufgrund der weltweit steigenden Preise von einer Energiekrise geplagt wird. Anfang dieses Monats hatte die EU einen Notfallplan verabschiedet. Dieser sieht vor, dass alle EU-Länder ihren Gasverbrauch von Anfang August bis März nächsten Jahres freiwillig um 15 Prozent verglichen mit dem Durchschnittsverbrauch der vergangenen fünf Jahre in diesem Zeitraum senken. Insgesamt müssen nach Zahlen der EU-Kommission 45 Milliarden Kubikmeter Gas gespart werden. Deutschland müsste etwa zehn Milliarden Kubikmeter Gas weniger verbrauchen, um das Ziel zu erreichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff883fb480cc74b3311367.jpg>
Wjatscheslaw Wolodin, Vorsitzender der Staatsduma

22:23 de.rt.com: **Medienbericht: Selenskij soll laut Weißem Haus am G20-Gipfel teilnehmen, wenn Putin dies auch tut**

Das Weiße Haus sieht den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in der Pflicht, am bevorstehenden G20-Gipfel teilzunehmen, wenn sein russischer Amtskollege Wladimir Putin dem Treffen ebenfalls beiwohnen sollte, berichtete Bloomberg. Der Agentur zufolge lässt der Aufruf der USA auch die Möglichkeit einer Fernteilnahme Selenskij an dem Gipfel offen. Zuvor hatte der indonesische Präsident Joko Widodo Putins Wunsch bekannt gegeben, sich im November am G20-Gipfel auf Bali zu beteiligen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ffd374b480cc49de39ad0b.jpg>
Wladimir Selenskij bei einer Pressekonferenz am Rande seines Treffens mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und UN-Generalsekretär António Guterres in Lwow, 18. August 2022

22:47 de.rt.com: **Griechenland und Zypern lehnen Verbot von Touristenvisa für Russen ab**

Griechenland und Zypern lehnen ein Verbot von Touristenvisa für Russen ab, berichtet Politico unter Berufung auf Beamte. Die Publikation zitierte den Staatssekretär im zyprischen Außenministerium, Cornelios Corneliou, mit den Worten:

"Das wäre eine Entscheidung in die falsche Richtung. ... Sogar türkische Staatsbürger erhalten Visa von den zyprischen Behörden, daher glauben wir nicht, dass diese Maßnahme in Bezug auf Russen irgendeinen Wert hat."

In Zypern lebt eine große russischsprachige Diaspora. Vor der russischen Militäroperation in

der Ukraine waren der Zeitung zufolge 25 Prozent der Touristen auf der Insel Russen. Inzwischen gibt es eine wachsende Zahl russischer, ukrainischer und weißrussischer Unternehmer, die in zyprischen Städten Geschäfte eröffnen wollen. Politico berichtete auch über griechische Beamte, die erklärten, dass auch Athen nicht in Erwägung ziehe, den Status der Visa für Russen zu ändern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ffb35648fbef119563145d.jpg>

vormittags:

7:03 de.rt.com: **Portugal lehnt EU-Einreiseverbot für russische Touristen ab**

Die portugiesische Regierung lehnt ein EU-Einreiseverbot für russische Touristen ab und ist der Ansicht, dass sich die Sanktionen nicht gegen die russische Bevölkerung richten sollten. Dies erklärte das Außenministerium des europäischen Landes in einem Kommentar für eine lokale Zeitung. In der Erklärung des Ministeriums heißt es:

"Portugal ist der Ansicht, dass das Hauptziel der Sanktionen darin bestehen sollte, den russischen Militärapparat zu bestrafen, und nicht das russische Volk. Portugal wird sich an den Diskussionen zu diesem Thema auf europäischer Ebene beteiligen und so zu einer gemeinsamen Position der EU-Mitgliedstaaten beitragen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630067a448fbef0df5568784.jpg>

7:36 de.rt.com: **"Bloomberg": Mehr russisches Öl auf dem Weg nach Asien**

Europa wird noch in diesem Jahr ein schrittweises Embargo gegen russisches Öl verhängen. In Asien findet Moskau derweil neue Abnehmer für seine Energie. Laut einem Bericht von

"Bloomberg" werden ab kommenden Monat Treibstofflieferungen nach Myanmar beginnen. Myanmar habe russisches Erdöl gekauft, das ab September schrittweise geliefert werden soll. Dies teilte der Staatschef Min Aung Hlaing laut einem Bericht der Wirtschaftsplattform Bloomberg diese Woche mit. Aus dem Medienbericht geht hervor, dass das südostasiatische Land Heizöl und Erdölprodukte direkt aus Russland zu einem günstigen Preis für die landesweite Verteilung importieren wird.

Ein zehnköpfiges Komitee, das für den Kauf, die Lagerung und den Transport von russischem Öl zuständig ist, hat diesen Monat eine Sitzung zu diesem Thema abgehalten, heißt es weiter. "Wir haben bereits Monate vor dem Besuch unseres Staatschefs in Russland im Juli über den Kauf und die Distribution von Öl aus Russland gesprochen", sagte Regierungssprecher Zaw Min Tun bei einer Pressekonferenz am Mittwoch. Er fügte hinzu:

"Während seines Besuchs wurde das Geschäft erfolgreich abgeschlossen. Unser Ziel ist es, qualitativ hochwertiges Treibstoff zu einem günstigen Preis aus dem Land zu beziehen, in dem wir es schnell bekommen können."

Wie der russische Kraftstoff nach Myanmar transportiert werden soll, sei noch unklar, schreibt Bloomberg. Beide Seiten hatten zuvor erwogen, den Rohstoff über eine Pipeline durch Indien oder China zu liefern.

Die Militärregierung Myanmars hat inmitten eines Exodus internationaler Großkonzerne aus dem Öl- und Gassektor des Landes, was bereits zu Stromausfällen geführt hat, Gespräche mit Moskau über Treibstofflieferungen aufgenommen. Zu Beginn dieses Jahres zogen sich Chevron und TotalEnergies aus dem großen Yadana-Gasprojekt in Myanmar zurück, das eine wichtige Einnahmequelle für das Land war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ff8d64b480cc74e20e33f8.jpg>

Tanker mit einer Ladung russischen Dieselkraftstoffs, der am 30. April 2022 in der Nordsee nahe IJmuiden vor Anker liegt

7:46 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Einheit in Saizewo kapituliert**

Eine Einheit der ukrainischen Armee hat sich in Saizewo ergeben. Dies berichtet die DVR-Volksmiliz. In einer auf ihrem Telegramm-Kanal veröffentlichten Erklärung heißt es:

"Die unvorbereiteten und schlecht bewaffneten mobilisierten ukrainischen Streitkräfte, die von ukrainischen Generälen in den Tod nach Saizewo geschickt wurden, entschieden sich für das Leben und nutzten das Angebot der DVR zur freiwilligen Waffenabgabe."

Die Behörde stellte klar, dass den in Saizewo verschanzten ukrainischen Truppen ein Angebot unterbreitet worden sei, den Widerstand einzustellen. In dem Bericht heißt es:

"Daraufhin legte eine ganze ukrainische Einheit ihre Waffen nieder und ergab sich, und ihre Stellungen wurden von der DVR-Volksmiliz eingenommen."

Die städtische Siedlung Saizewo liegt nördlich von Gorlowka, einer der größten Städte im Ballungsraum Donezk, die regelmäßig von den ukrainischen Streitkräften beschossen wird.

8:06 de.rt.com: **Anruf von Macron bei Putin: Staatsoberhäupter diskutieren über das**

Kernkraftwerk Saporoschje

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron haben zum ersten Mal seit fast drei Monaten miteinander telefoniert, um den Ukraine-Konflikt und die nukleare Sicherheit in der Region Saporoschje zu besprechen, teilte der Kreml am Freitag mit.

Russlands Präsident Wladimir Putin und sein französischer Kollege Emmanuel Macron haben sich für eine Inspektion des südukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja durch internationale Experten ausgesprochen. Das Telefonat wurde von französischer Seite initiiert, und die beiden Staatsoberhäupter erörterten "verschiedene Aspekte der Situation in der Ukraine", so die Mitteilung des Kremls.

Putin betonte, dass "der systematische Beschuss des Gebiets des Kernkraftwerks Saporoschje durch das ukrainische Militär die Gefahr einer groß angelegten Katastrophe birgt, die zu einem Übergreifen der Strahlung auf ein großes Gebiet führen könnte". Die beiden Staatsoberhäupter kamen überein, dass eine Mission unter der Schirmherrschaft der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) "so bald wie möglich" in das Kernkraftwerk entsandt werden sollte, um die Lage vor Ort zu beurteilen. "Die russische Seite hat bestätigt, dass sie bereit ist, den Inspektoren der Agentur jede notwendige Unterstützung zu gewähren", so der Kreml.

Nach Angaben des Élyséepalastes hat Putin zugestimmt, dass die IAEO-Mission in das Kernkraftwerk Saporoschje zu den bereits von der Ukraine und den Vereinten Nationen vereinbarten Bedingungen entsandt wird. Dies würde bedeuten, dass die IAEO-Delegation über das Gebiet reisen könnte, das derzeit von den Kiewer Streitkräften kontrolliert wird. Zuvor hatte Moskau darauf bestanden, dass eine solche Mission nur über das von Russland kontrollierte Gebiet anreisen könne. Für die Sicherheit der Experten ist eine Feuerpause erforderlich, auch wenn diese nicht einfach zu verhandeln sei, hieß es aus Paris. Die beiden Seiten werden diese Frage in den kommenden Tagen erneut ansprechen, nachdem technische Teams die Angelegenheit eingehend erörtert haben, teilte der Élysée weiter mit.

Nach Angaben des Kremls lud Putin erneut internationale Experten zum Besuch eines Gefangenenlagers in Jeljowka in der Volksrepublik Donezk ein. Bei einem Artillerieangriff auf das Gefängnis, der nach Angaben Moskaus von den Kiewer Streitkräften ausgeführt wurde, wurden im vergangenen Monat 50 ukrainische Kriegsgefangene getötet und Dutzende weitere verletzt.

Putin informierte seinen französischen Amtskollegen auch über die Umsetzung des Abkommens über ukrainische Getreideexporte über das Schwarze Meer. Dieses von der UNO und der Türkei vermittelte Abkommen soll es Russland auch ermöglichen, Düngemittel und Lebensmittel auf die Weltmärkte zu liefern. Der Kreml wies jedoch darauf hin, dass "die Hindernisse für den russischen Getreideexport fortbestehen", was sich weiterhin negativ auf die weltweite Ernährungssicherheit auswirkt.

Das jüngste Gespräch zwischen den beiden Staatschefs fand am 28. Mai statt, an dem auch Bundeskanzler Olaf Scholz teilnahm. Bei diesem Gespräch machte Putin die Ukraine für die ins Stocken geratenen Friedensgespräche verantwortlich, versicherte seinen Gesprächspartnern, dass Moskau weiterhin bereit sei, über ein Ende des Konflikts zu verhandeln, und warf dem Westen vor, Kiew mit Waffen zu beliefern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ffd1f948fbef1195631490.jpg>

8:31 de.rt.com: **Leipzig: Alte und junge Kommunisten erinnern an die Ermordung Thälmanns**

Junge und alte Kommunisten begegneten sich am Donnerstag zufällig beim Gedenken an den im KZ Buchenwald ermordeten Arbeiterführer und Antifaschisten Ernst Thälmann. Nach anfänglichen Berührungängsten hat man dann zumindest für ein gemeinsam gesungenes Lied zusammengefunden.

Am 18. August 1944 ermordeten die deutschen Faschisten den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald nach jahrelanger "Schutzhaft". Der Arbeiterführer und Antifaschist sollte den sich abzeichnenden Sieg der Sowjetunion über den deutschen Faschismus nicht mehr erleben. Nach 1990 wurde das Andenken an Thälmann, das in der DDR großen Raum eingenommen hatte, weitgehend getilgt. Auch in Leipzig wurden viele Erinnerungsstätten eingeebnet, Straßen und Plätze umbenannt. Eine einzige Gedenktafel hängt noch am Volkmarksdorfer Markt, der viele Jahre wie die benachbarte Eisenbahnstraße nach Ernst Thälmann benannt war. Denn hier, im damals überwiegend von Arbeitern unter schrecklichsten Wohnbedingungen bewohnten Leipziger Osten hatte der KPD-Frontmann seine Wahlkampfreden gehalten.

Hier legten die Leipziger Kommunisten aus der DKP und nahestehenden Organisationen sowie Sympathisanten am Donnerstag, als sich der Tag des Mordes zum 78. Mal jährte, einen Blumenkranz nieder. Und erlebten eine Überraschung: Just zur selben Uhrzeit versammelten sich an dem Ort Jugendliche, mehrere Dutzend, zu einer angemeldeten Gedenkveranstaltung für Ernst Thälmann.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ffcfe1b480cc4a525e9ad7.JPG>
[G](#)

Während der DKP der Nachwuchs ausbleibt, haben sich mehrere Dutzend Jungkommunisten

in eigenen Gruppen organisiert, unter anderem der "Roten Wende" und den Revolutionären Frauen Leipzig. Die Jungkommunisten brachten sogar einen Trompeter mit, der das Thälmannlied ("Thälmann ist niemals gefallen") spielte und die Versammelten später bei der "Internationale" begleitete. Die DKP-Genossen schlossen sich dabei den Jungkommunisten an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ffcbc448fbef0f77346fb4.JPG>

8:59 de.rt.com: **Ukrainische Drohne flog ins Dach des Hauptquartiers der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol**

Am Samstagmorgen stürzte eine Drohne auf das Dach des Hauptquartiers der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol, wobei es keine Verletzten gab. Dies teilte der Gouverneur der Stadt, Michail Raswoschajew, mit. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er: "Ich bin im Hauptquartier der Flotte. Vor 25 Minuten flog eine Drohne auf das Dach. Leider wurde sie nicht abgeschossen, obwohl über der Bucht Handfeuerwaffen im Einsatz waren. Im Tiefflug. Keine Verletzten."

Das an das Hauptquartier angrenzende Gebiet wurde abgeriegelt, und alle Dienststellen sind vor Ort tätig, fügte der Gouverneur hinzu. Es gab keine größeren Schäden, sagte er. Er forderte die Anwohner auf, in den nächsten Stunden nach Möglichkeit in ihren Häusern zu bleiben. Später schrieb er auf Telegram:

"Die Drohne wurde direkt über dem Hauptquartier der Flotte abgeschossen. Sie fiel auf das Dach und fing Feuer. Es gibt keine größeren Schäden."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.08.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 1 Panzer;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte;
- 5 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 19. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowoiwanowka und Podlesnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Vertreter der Organisation Russische ethnische Hilfe „Von Herzen zur Herzen“ haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für die Einwohner von Sewerodonezk und Lissitschansk geliefert.

9:19 de.rt.com: **Estland will achttes Paket von Sanktionen gegen Russland vorschlagen**

Die estnischen Behörden werden den Ländern des Schengener Abkommens vorschlagen, Visabeschränkungen für Russen einzuführen und die restriktiven Maßnahmen im Energie- und Handelssektor auszuweiten. Dies gab der Außenminister des Landes Urmas Reinsalu bekannt.

Estland wird der Europäischen Union vorschlagen, das achte Paket von Sanktionen gegen Russland einzuführen. Dies gab der estnische Außenminister Urmas Reinsalu bekannt, wie die Nachrichtenagentur [Postimees](#) berichtete.

Nach Angaben des Ministers wurde diese Entscheidung auf einer Regierungssitzung am Vortag getroffen. Estland beabsichtigt, eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Handel vorzuschlagen und neue Unternehmen und weitere Personen in die europäischen Sanktionslisten aufzunehmen. Tallinn arbeitet laut Reinsalu auch daran, einen politischen Konsens im gesamten Schengen-Visaraum zu erreichen, um zusätzliche Sanktionen gegen russische Bürger zu verhängen, wie es Estland bereits getan hat.

Seit dem 18. August erlaubt Estland Russen, die zuvor ein Schengen-Visum erhalten hatten, nicht mehr die Einreise in das Land. Seit gestern können nur Inhaber von Diplomatenvisa, Arbeitnehmer im internationalen Verkehrswesen, Personen, die Verwandte in Estland haben, und einige andere Kategorien von Bürgern einreisen. Außerdem können Russen mit ihrem estnischen Schengen-Visum weiterhin in andere EU-Länder und mit einem von anderen Ländern ausgestellten Schengen-Visum nach Estland einreisen.

Litauen und Finnland hatten sich zuvor auf unterschiedliche Beschränkungen für Russen geeinigt. So erklärte der lettische Ministerpräsident Krišjānis Kariņš, dass die Regierung beschlossen habe, die zuvor an Russen erteilten Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlängern und die Einreise nach Lettland mit Schengen-Visa zu beschränken. Finnland hingegen kündigte an, dass es ab September die Zahl der täglich zu prüfenden Visumanträge um das Zehnfache reduzieren werde.

Das russische Außenministerium kommentierte diese Entscheidungen der EU-Länder und bezeichnete sie als diskriminierend gegenüber den Russen. Das Ministerium nannte die Entscheidung Lettlands, die Aufenthaltsgenehmigungen für Russen nicht zu verlängern, "böswillige Verletzung" der Rechte der Einwohner des Landes aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe und offene Missachtung der internationalen Verpflichtungen des Landes.

Nachdem Russland die militärische Sonderoperation in der Ukraine eingeleitet hatte, verhängte die EU sieben Sanktionspakete gegen Moskau. Die Beschränkungen betrafen das Bankensystem, den Energiesektor, die Industrie und den Handel, den Luft- und Seeverkehr sowie bestimmte Einrichtungen und Personen. Brüssel hatte zuletzt am 22. Juli Restriktionen gegen Moskau verhängt.

Moskau reagierte auf die Aktionen unfreundlicher Länder mit eigenen restriktiven Maßnahmen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ffbee048fbef119563146f.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.08.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des DVR-Vertreters im GZKK **268 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten und einer wurde verletzt**. 11 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 7 Panzer- und sonstige Fahrzeuge. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 15 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:37 de.rt.com: **Russische Streitkräfte liefern mehr als 44 Tonnen Hilfsgüter ins Gebiet Charkow**

Russische Soldaten lieferten im Rahmen der Sonderoperation zum Schutz des Donbass über 44 Tonnen humanitäre Hilfsgüter an befreite Siedlungen im Gebiet Charkow. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Der humanitäre Konvoi wurde von der Militärpolizei des westlichen Militärbezirks Russlands begleitet. Die Bedürftigen erhielten Lebensmittelpakete, Lebensmittel für Kinder, Haushaltschemikalien, Schreibwaren und Kleidung. Alle Kleidungsstücke waren neuwertig und mit Fabrikschildern versehen, und wurden an Behinderte, Flüchtlinge sowie an Mitglieder kinderreicher Familien verteilt.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Computerdatenbank regelmäßig aktualisiert wird.

Alles Notwendige wird gemäß den Listen ausgegeben. Eine Freiwillige sagte:

"Viele Leute bewerben sich. Wir haben eine Menge verteilt – etwa an 20 Familien in nur zwei Tagen."

Eine Anwohnerin, die vier Kinder hat, sagte, sie habe um Trainingsanzüge, Turnschuhe und Pullover für sich gebeten, weil der Herbst naht und die Kinder zur Schule gehen müssen.

Marina Prokofjewna, eine Rentnerin, kam ebenfalls, um humanitäre Hilfe zu leisten. Nach

ihren Angaben erhielten sie und ihr Mann nicht nur die erforderlichen Produkte, sondern auch Pauschalbeträge.

Die Einheimischen warten jedes Mal auf den Konvoi – dieses Mal kamen neun Lastwagen. Die Ladung wird zunächst im Lager angeliefert und von dort aus an die umliegenden Städte und Dörfer verteilt.

10:05 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat mitgeteilt, dass ein Bataillon der 110. Brigade der Territorialen Verteidigung der Streitkräfte der Ukraine im Gebiet Dnepropetrowsk vollständig zerstört wurde. Er gab an, dass die gesamten unwiederbringlichen Verluste des Feindes im Gebiet Apostolowo, Gebiet Dnepropetrowsk, über 200 Personen betragen.

Das russische Ministerium teilte außerdem mit, dass im Gebiet Charkow über 100 Kämpfer, darunter bis zu 20 US-Söldner, getötet worden seien. Außerdem wurden im Norden von Charkow bis zu 130 Kämpfer und acht Einheiten von Spezialfahrzeugen vernichtet. Mehr als 200 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, zwei Panzer und sieben Spezialfahrzeuge wurden in der DVR zerstört.

Konaschenkow sagte auch, dass die russische Luftabwehr 13 Granaten des Mehrfachraketenwerfers Olcha in der Nähe des Wasserkraftwerks Kachowskaja und Melitopol sowie sechs ukrainische Drohnen in der DVR abgeschossen hat.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630092cab480cc3c214d48d9.jpg>
Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow

10:34 de.rt.com: **Luftabwehrsystem im Westen der Krim im Einsatz – Ziel erfolgreich abgeschossen**

Ein Luftabwehrsystem im Westen der Krim wurde am Morgen ausgelöst, das Ziel wurde getroffen, es gab keine Verletzten oder Schäden. Dies [teilte](#) der Chef der Republik, Sergei Aksjonow, auf seinem Telegram-Kanal mit. Er schrieb:

"Ein Luftabwehrsystem wurde im Westen der Krim ausgelöst. Das Ziel wurde erreicht. Es gab keine Verletzten oder Schäden. Unser Militär nimmt seine Aufgaben klar, professionell und effizient wahr. Ich bitte alle, Ruhe zu bewahren und nur den offiziellen Informationen zu vertrauen."

11:13 de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister: Idee, allen Russen Einreise in die EU zu verbieten, ist Manifestation des Nazismus**

Die Idee, allen russischen Staatsangehörigen die Einreise in die Länder der Europäischen Union zu verbieten, ist ein Ausdruck der nazistischen Politik. Dies hat der russische

Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärt. Auf einer Plenarsitzung des Ersten Internationalen Antifaschistischen Kongresses am Samstag sagte er:

"Heute erleben wir eine weitere lebendige Manifestation der Nazi-Politik, wenn die russophobe Idee, allen russischen Bürgern die Einreise in die Länder der Europäischen Union zu verbieten, von hohen europäischen Tribünen aktiv gefördert wird."

Gleichzeitig stellte Schoigu fest, dass die Grundprinzipien der Weltordnung – die rechtlichen und politischen Bewertungen des Nürnberger Tribunals – von einzelnen Ländern, insbesondere den baltischen Staaten, zunehmend ignoriert und revidiert werden. Er erklärte: "In Estland und Lettland sind SS-Legionärsaufmärsche zur Tradition geworden, Denkmäler und Obelisken für Kriegsverbrecher werden errichtet. Naziparolen und -aufrufe sind in den Straßen der litauischen Städte offen zu hören."

Bei der Eröffnung des Kongresses zitierte Schoigu den bulgarischen Politiker Georgi Dimitrow, der den Faschismus als "bestialischen Chauvinismus, mittelalterliche Barbarei und ungezügelter Aggression gegen andere Völker und Länder" bezeichnete. Der Verteidigungsminister sagte:

"In den 1930er Jahren wurden in Spanien, Portugal, Rumänien, Kroatien und einigen anderen Staaten faschistische diktatorische Regime errichtet. Seine radikalste und aggressivste Form war der deutsche Nazismus."

Er betonte, dass der Aufstieg der Nazisten an die Macht auf ihre Finanzierung durch das internationale Kapital zurückzuführen sei. Schoigu merkte an:

"Es ist klar, dass die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit von anglo-amerikanischen und nazistischen Wirtschaftskreisen einer der Hauptfaktoren war, die zum Zweiten Weltkrieg führten, welcher der Menschheit unzählige Menschenleben kostete."

Der russische Verteidigungsminister erinnerte daran, dass die Aggression gegen die Sowjetunion die brutalste war. Schoigu sagte:

"27 Millionen Tote. Keine andere Nation der Welt hat einen solchen Preis gezahlt. Von der Gesamtzahl der Opfer waren fast 14 Millionen Zivilisten. Dies ist eine unmittelbare Folge der von den Invasoren verfolgten Nazipolitik."

Der Minister betonte, dass "die Lektionen der Geschichte von denen, die im Vertrauen auf ihre eigene Macht Gewalt ausüben, schlecht gelernt werden". Schoigu sagte:

"Die Bombardierung Jugoslawiens, die Kriege in Afghanistan, im Irak und in Libyen, die Förderung terroristischer Strukturen in Syrien. Diese und ähnliche Straftaten haben immer bestimmte Initiatoren und Ausführende. Die Verantwortung für solche Aktionen und ihre Folgen liegt ausschließlich bei der Führung der USA und der NATO."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/63009e3ab480cc3c214d48e3.jpg>

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu

11:49 de.rt.com: **Noch mehr Haubitzen nach Kiew? Berlin hat es nicht eilig**
Ukrainische Stellen werfen der Berliner Regierung vor, mit Waffenlieferungen zu zögerlich zu

sein. Weitere Forderungen würden zwar aufgenommen, aber nicht erfüllt. Auch ein Waffenexport von Rheinmetall werde nicht genehmigt.

Medienberichten zu Folge [haben](#) sich Mitarbeiter der ukrainischen Regierung darüber beschwert, dass Deutschland Waffenlieferungen verzögere. Selbst ein Anruf des ukrainischen Verteidigungsministers Alexei Resnikow bei Verteidigungsministerin Christine Lambrecht habe nichts bewirkt. "Unsere Bitten wurden immer aufgenommen und aufgeschrieben, aber das blieb bislang wirkungslos", so eine ukrainische Quelle.

Die Ukraine forderte weitere Lieferungen des Mehrfachraketenwerfers Mars II sowie der Panzerhaubitze 2000 – und dies, obwohl die meisten der bisher gelieferten zehn Panzerhaubitzen nach ukrainischen Aussagen bereits nicht mehr einsatzfähig sind.

Außerdem verlangte die ukrainische Seite die Genehmigung des Exports von hundert Marder-Schützenpanzern und 88 Leopard-1-Kampfpanzern, die der Rüstungskonzern Rheinmetall für einen Preis von 268 Millionen Euro zu liefern bereit war. Die entsprechende Anfrage soll seit April vorliegen.

Denkbar ist allerdings, dass das Angebot von Rheinmetall angesichts der finanziellen Lage der Ukraine nicht nur einer Exportgenehmigung, sondern auch einer Hermes-Bürgschaft bedarf, die mit hoher Wahrscheinlichkeit dafür sorgen dürfte, dass die Rechnung von Rheinmetall beim deutschen Steuerzahler landet.

In den letzten Wochen war zudem selbst in US-amerikanischen Berichten davon die Rede, dass beträchtliche Teile der an die Ukraine gelieferten westlichen Rüstungsgüter auf dem Schwarzmarkt landen. Die Berichte sprachen von bis zu 70 Prozent.

Das Verteidigungsministerium jedenfalls erklärte auf Presseanfragen, das Ministerium stehe "auf vielen Ebenen mit der ukrainischen Seite in Kontakt" und man bemühe sich um "die bestmögliche Unterstützung der Ukraine bei ihrem Kampf gegen den russischen Aggressor."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ffb97a48fbef1195631462.jpg>
Christine Lambrecht, 01.08.2022

11:52 de.rt.com: **Schoigu: Entscheidung über Sonderoperation in der Ukraine wegen inakzeptabler Bedrohung der russischen Sicherheit getroffen**

Die Entscheidung, eine spezielle Militäroperation durchzuführen, wurde getroffen, weil die ukrainischen Behörden eine nicht hinnehmbare Bedrohung für die Sicherheit Russlands darstellten. Dies sagte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu auf der Plenarsitzung des Ersten Internationalen Antifaschistischen Kongresses am Samstag. Er erörterte:

"Acht Jahre lang hat das Kiewer Regime eklatante Verbrechen gegen die Bürger der DVR und LVR begangen. Tausende von unschuldigen Menschen sind gestorben, darunter auch Kinder. Gleichzeitig begann die militärische Erschließung des ukrainischen Territoriums durch die Nordatlantische Allianz. Kiew hat sich auf den Weg gemacht, der NATO beizutreten. All dies hat zu inakzeptablen Bedrohungen für die Sicherheit Russlands geführt."

Vor diesem Hintergrund habe der russische Oberbefehlshaber die einzig richtige Entscheidung

getroffen, im Februar eine spezielle Militäroperation durchzuführen. Schoigu sagte: "Ihr Hauptzweck war es, die Bewohner des Donbass vor dem Völkermord des Kiewer Regimes zu schützen."

Er wies darauf hin, dass die russischen Streitkräfte in den ersten Tagen der Sonderoperation "auf unmenschliche Taktiken der ukrainischen Verbände" gestoßen seien. Der russische Verteidigungsminister sagte:

"Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und der nationalen Bataillone verstecken sich in Stadtvierteln, missbrauchen Zivilisten als menschliche Schutzschilde und nutzen sowohl Wohngebäude als auch soziale und energetische Infrastrukturen als Festungen und Schießplätze. Nachdem sie am 'Boden' besiegt wurden und sich zurückziehen, zerstören sie absichtlich alles um sich herum, sodass für die Zivilbevölkerung nichts mehr übrig bleibt. Die gleiche Taktik verfolgten die deutschen Nazis während des Großen Vaterländischen Krieges." Schoigu sagte, dies sei zum Teil auf die Zusammensetzung der ukrainischen Armee zurückzuführen. Er erklärte:

"Nach dem verfassungsfeindlichen Putsch sind im Land neue Machtstrukturen entstanden – die sogenannten nationalen Bataillone, die sich zum Neonazismus und zur rassistischen Intoleranz gegenüber allen bekennen, die sie als nicht-ukrainisch betrachten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300a0e8b480cc3dcf30cacb.jpg>

nachmittags:

12:26 de.rt.com: Schoigu: Kiew ermordet zynisch Asow-Gefangene

Auf der Plenarsitzung des Ersten Internationalen Antifaschistischen Kongresses erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu, dass die ukrainischen Behörden die Kriegsgefangenen von Asow, die sich ergeben hatten, zum Tode verurteilt hätten. Er erklärte: "Deshalb wurde das Gefangenenlager in Jelenowka, wo sie festgehalten wurden, nachts von einem US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfer angegriffen. Das zynische, grausame Massaker an ihren Gefangenen war durch die Angst der ukrainischen Führung vor den Zeugenaussagen der Asow-Kämpfer motiviert. Durch die Aussagen würden Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die mit der Billigung Kiews begangen wurden, ans Tageslicht kommen."

Seiner Meinung nach ist der radikale Nationalismus, den das Asow-Bataillon durchgesetzt hat, zur Ideologie der gesamten banderitischen Ukraine geworden. Schoigu sagte: "Heute finden russische Soldaten eine große Menge an extremistischer Literatur in verlassenen Stellungen der ukrainischen Streitkräfte."

12:55 de.rt.com: Fass ohne Boden? Update der Corona-Warn-App kostet Steuerzahler weitere 20 Millionen Euro

Zu den im Februar bereits bestätigten Folgekosten von 50 Millionen Euro für die Corona-Warn-App, informiert nun das Ministerium, dass das Update für den Herbst weitere 20 Millionen Euro in Anspruch nehmen wird. Ein Grund: die Integration "zusätzlicher Funktionalitäten".

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kündigte auf einer Pressekonferenz am 12. August in Berlin an, dass sein Ministerium in Zusammenarbeit mit dem RKI Modifizierungen der Corona-Warn-App ab Oktober dieses Jahres plane. Hinsichtlich Fragen von Journalisten zu den Kosten und benötigten Verträgen mit ausführenden IT-Firmen wollte sich der Minister auf der Pressekonferenz nicht äußern. Lauterbach argumentierte, dass der Bund noch in Verhandlungen stehe und er daher hinsichtlich genauerer Details nicht "vorgreifen möchte".

Auf eine erneute Anfrage der Tageszeitung [Welt](#) beim Bundesgesundheitsministerium (BMG) bestätigte das BMG, dass die veranschlagten Kosten um 20 Millionen Euro höher ausfallen werden als ursprünglich geplant. Damit ist davon auszugehen, dass bis Ende des Jahres Kosten in Höhe von bis zu 70 Millionen Euro für die Corona-Warn-App auf die Steuerzahler zukommen werden. Noch im Februar wurde aus BMG-Kreisen die Summe von bis zu 50 Millionen Euro für das Jahr 2022 genannt. Zu den Gründen für die erneute Verteuerung heißt es in der Antwort des BMG:

"Die Kosten fallen hauptsächlich für das Vorhaben an, die App als 'Baustein der digitalen Kontaktnachverfolgung weiter auszubauen und zusätzliche Funktionalitäten' zu integrieren." Des Weiteren wurde bestätigt, dass das Software-Unternehmen SAP und die Telekom-Tochter T-Systems erneut für die Entwicklung und den Betrieb der Anwendung beauftragt wurden. Zu diesem Dienstleister-Duo heißt es in einem [Welt-Artikel](#) vom Februar 2022:

"Bemerkenswert an den hohen Ausgaben hierzulande ist zudem: Die beiden Firmen, an die das meiste Geld für die Entwicklung und den Betrieb floss – T-Systems und SAP –, mussten die eigentliche Kernfunktion der App gar nicht selbst entwickeln. Denn diese Technik, die Erkennung der Kontakte anderer Smartphones in der Nähe mittels Bluetooth-Funk, bietet bereits das Betriebssystem der Handys – Googles System Android und Apples iOS. T-Systems und SAP mussten lediglich auf vordefinierte Schnittstellen in den Betriebssystemen zugreifen und die Kontakte auswerten."

Seit ihrer Einführung im Juni 2020 hat die App die Steuerzahler demnach bereits mehr als 130 Millionen Euro gekostet. Nach Welt-Informationen hat Finnland für eine gleichwertige Funktions-App namens "Koronavilkku" Kosten von lediglich bisher 4,6 Millionen Euro ermittelt. Laut der Auskunft des BMG fielen die angekündigten Kosten unter anderem für die "Anbindung weiterer Teststellen" sowie für die "verbesserte Anzeige" des aktuellen Status-Nachweises an, der nun eine "Testverwaltung für Familienmitglieder ermöglicht". Außerdem wurde "für die Verlängerung von technisch abgelaufenen Zertifikaten gesorgt und es wurden weitere "kleine Verbesserungen und Anpassungen" vorgenommen", so die Welt.

Hinsichtlich der kontinuierlichen Kostenexplosionen hatte der Bundesrechnungshof bereits im Frühjahr 2022 vernehmbare Kritik geäußert und ein erstes Prüfverfahren zur Wirtschaftlichkeit der Corona-Warn-App eingeleitet. So hieß es im Juni auf der Seite [Steuerzahler.de](#):

"Das sind konkurrenzlos hohe Zahlen, insbesondere im europäischen Vergleich mit ähnlichen Anwendungen ... Umso wichtiger wäre es, die Kosten z.B. für Weiterentwicklungen und Betrieb der CWA aufzugliedern und so für den Steuerzahler nachvollziehbar aufzuschlüsseln." Das BMG [antwortete](#) auf Anfrage des Bundes der Steuerzahler Deutschland e. V. lapidar, "eine solche Aufschlüsselung sei 'nicht möglich'". Minister Lauterbach hatte am 12. August angekündigt, dass durch Modifizierung der App zukünftig angezeigt werden soll, wer frisch geimpft, getestet oder genesen sei. Die App werde demnach ab Oktober als Statusinformation "automatisch und ohne Verzögerung grün (frisch geimpft) statt blau (letzte Impfung liegt mehr als drei Monate zurück)" auf dem Display anzeigen. Bis zum Februar 2022 wurde die

Corona-Warn-App in Deutschland 43,2 Millionen Mal [heruntergeladen](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300967548fbef52fa636f71.jpg>
Bundesgesundheitsminister Lauterbach erläutert während einer Presskonferenz geplante Neuerungen bei der Corona-War-App. Berlin, 12. August 2022

13:06 de.rt.com: **China erhöht Energieimporte aus Russland**

China hat den Bezug von Kohle und Öl aus Russland weiter erhöht. Wie Daten vom Pekinger Zollamt vom Samstag zeigen, ist Russland bereits den dritten Monat in Folge Chinas größter Öllieferant. Im Juli beliefen sich die russischen Öl-Einfuhren auf rund 7,15 Millionen Tonnen, was einen Anstieg von 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat bedeutet. Chinas Kohleimporte aus Russland stiegen zeitgleich auf den höchsten Wert seit über fünf Jahren. Demnach hat Peking im Juli 7,42 Millionen Tonnen Kohle aus Russland importiert - rund 14 Prozent mehr als noch im letzten Jahr.

Während die Europäische Union seit der russischen Sonderoperation in der Ukraine ihre Energieabhängigkeit von Moskau stark verringern will, nutzt die Volksrepublik China die vergünstigten Rohstoffpreise aus Russland für erhöhte Einfuhren. Die Staatsführung in Peking hat den russischen Sondereinsatz in der Ukraine nicht verurteilt, sondern im Gegenteil ihre Unterstützung für Moskaus Aktionen gezeigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300beb848fbef0f77347018.jpg>

14:26 (13:26) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben eine Strafkolonie in Donetsk beschossen**

Am Samstag, dem 20. August, griffen ukrainische bewaffnete Verbände das Gelände einer Strafkolonie in der Hauptstadt der DVR an.

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der Republik wurde die 124. Strafkolonie im Kirowskij-Bezirk von Donezk von den Streitkräften der Ukraine beschossen. Infolge des Beschusses wurden drei Gefangene verletzt.

Eines der Opfer wurde in das Gusak-Institut für Notfallchirurgie gebracht, zwei ins Stadtkrankenhaus Nr. 24. Näheres über ihren Zustand ist noch nicht bekannt.

Der Beschuss der Kirowskij-Bezirks geht weiter. Schäden an Wohngebäuden in der Dmitri-

Donskij-Straße wurden gemeldet. Auch eine Gasleitung brenne.



https://novorosinform.org/content/images/13/29/51329_720x405.jpg

13:56 de.rt.com: **Elitärer geschlossener Zirkel? Journalist Florian Warweg in der BPK nicht erwünscht**

Der NachDenkSeiten-Journalist Florian Warweg erhielt die endgültige Aufnahmeverweigerung für die Bundespressekonferenz. Nach vorheriger Zusage erfolgte nun aufgrund "der erfolgten Einsprüche" von Vereinsmitgliedern eine Absage. Ist kritischer Journalismus unerwünscht?

Dem Journalisten Florian Warweg wurde sein benötigter Antrag für eine erneute Vereinsmitgliedschaft auf die erneute Aufnahme in die Bundespressekonferenz (BPK) nach zuvor erfolgter Zusage final schriftlich abgelehnt. Er war bis 2021 über Jahre regelmäßiger Gast und ein bekanntes Gesicht auf Veranstaltungen der BPK in Berlin.

Der Journalist hatte für RT DE regelmäßig anwesende Politiker wie auch Sprecher der BPK durch detaillierte und korrekte Fragen und Ergänzungen in Verlegenheit gebracht. Durch sein ruhiges Auftreten und seine gefürchtete Beharrlichkeit hatte er interessante und aufschlussreiche Antworten für anwesende Kollegen und Zuschauer erwirken können.

Durch den beruflichen Wechsel zu den [NachDenkSeiten](#) im Jahre 2022, mitgegründet und geleitet vom Planungschef im Bundeskanzleramt unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Albrecht Müller, stellte Warweg den benötigten Antrag für eine erneute Vereinsmitgliedschaft beim Bundespressekonferenz e. V., die Bedingung für die Teilnahme an den Pressekonferenzen ist.

Nun [informierte](#) Warweg über seinen Twitter-Account, dass dieser Antrag abgelehnt wurde. So schrieb er am 19. August:

"Ich habe gestern die definitive Aufnahme-Verweigerung der BPK erhalten. Begründung ist komplett konstruiert. Wir als Redaktion NachDenkSeiten haben dagegen umgehend rechtliche Schritte eingeleitet. Das entsprechende erste anwaltliche Schreiben liegt BPK bereits vor."

Die BPK ist als eingetragener Verein organisiert und finanziert sich über Mitgliedsbeiträge. Auf der [Website](#) der Bundespressekonferenz heißt es zu den Voraussetzungen einer Mitgliedschaft:

"Mitglied in der Bundespressekonferenz kann nur werden, wer den Aufnahme-Kriterien der Satzung entspricht. Über die Aufnahmeanträge entscheidet ein gewählter Mitgliedsausschuss in monatlichen Sitzungen."

Warweg zeigt in seinem Twitter-Beitrag, dass eine erste schriftliche Bestätigung der Vereinsleitung vom 20. Juni dieses Jahres existiert.

Mitgliedschaft in der Bundespressekonferenz / Ihr Schreiben vom 16.06.22

Berlin, 20.06.2022

Sehr geehrter Herr Warweg,

lassen Sie mich zuerst anmerken, dass der Mitgliedsausschuss vor allem gewählt wurde, um Mitgliedsanträge gewissenhaft zu prüfen. Dieser Aufgabe kommt der Ausschuss mit großer Sorgfalt nach - besonders bei Antragstellern, die für Medien arbeiten, die bisher in der BPK noch nicht vertreten waren.

Wir haben uns erneut mit Ihrem Antrag befasst. Die Darlegung Ihres Arbeitsplanes hat uns davon überzeugt, dass Sie die Satzungskriterien erfüllen. Der Mitgliedsausschuss hat daher beschlossen, Sie zum 01.07.2022 als Mitglied aufzunehmen. Der Beschluss wird wirksam, wenn innerhalb einer zehntägigen Frist von Mitgliedern gegen die Aufnahme keine Einwände erhoben werden.

Ihren Ausweis (Mitgliedsnummer: 5133) können Sie in unserer Geschäftsstelle, Raum 0102 oder 0103, erhalten. Bitte beachten Sie, dass Sie sich mit Ihrer Mitgliedschaft dazu verpflichten, die Satzung der BPK einzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen


Jörg Blank

Vorsitzender Mitgliedsausschuss

<https://pbs.twimg.com/media/Fahf7JDUUAMwX5M?format=jpg&name=small>

Dort heißt es, dass Mitgliedsanträge "gewissenhaft" geprüft werden, mit dem ergänzenden Hinweis, "besonders bei Antragstellern, die für Medien arbeiten, die bisher in der BPK noch nicht vertreten waren". Laut dem Schreiben vom 20. Juni sei durch Warwegs "Darlegung Ihres Arbeitsplanes" der Mitgliedsausschuss "davon überzeugt, dass Sie die Satzungskriterien erfüllen". Daher wurde der Journalist vorerst "zum 01.07.2022 als Mitglied" aufgenommen, inklusive Nennung einer künftigen Mitgliedsnummer.

Diese vormalige Entscheidung muss wiederum Mitgliedern des Vereins der BPK missfallen haben, da es in einem von Warweg [veröffentlichten](#) Folgeschreiben vom 20. Juli auf einmal heißt:

Ihr Antrag auf Mitgliedschaft in der Bundespressekonferenz

Berlin, 20.07.2022

Sehr geehrter Herr Warweg,

aufgrund der erfolgten Einsprüche hat der Mitgliedsausschuss sich erneut mit Ihrem Aufnahmeantrag befasst. Die seither von Ihnen veröffentlichten Beiträge haben wir zur Kenntnis genommen. Diese erfüllen derzeit nicht die Kriterien einer Mitgliedschaft laut Satzung § 2 (1). Dort heißt es: Der Verein ist ein Zusammenschluss deutscher Parlamentarierkorrespondenten, die aus Berlin und/oder Bonn ständig und weit überwiegend über die Bundespolitik berichten.

Sollte sich Ihr Tätigkeitsfeld verändern, werden wir uns mit einem neuen Mitgliedsantrag befassen.

Mit freundlichen Grüßen


Jörg Blank

Vorsitzender Mitgliedsausschuss

<https://pbs.twimg.com/media/Fahf7JDUUAMwX5M?format=jpg&name=small>

"Aufgrund der erfolgten Einsprüche hat der Mitgliedsausschuss sich erneut mit Ihrem Aufnahmeantrag befasst. Die seither von Ihnen veröffentlichten Beiträge (auf dem Blog NachDenkSeiten) haben wir zur Kenntnis genommen. Diese erfüllen derzeit nicht die Kriterien einer Mitgliedschaft laut Satzung §2."

Paragraf 2 der [Satzung](#) des Bundespressekonferenz e. V. besagt unter anderem:
"Der Verein ist ein Zusammenschluss deutscher Parlamentskorrespondenten, die aus Berlin und/oder Bonn ständig und weit überwiegend über die Bundespolitik berichten. Die Korrespondententätigkeit muss hauptberuflich als angestellte(r) Redakteur(in) oder freie(r) Journalist(in) für Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Wochen- und Monatszeitschriften, Nachrichtenagenturen, Presse- und Informationsdienste oder elektronische Medien ausgeübt werden, die ausschließlich gegen Entgelt verbreitet werden und einer sachlichen Information der Öffentlichkeit über das politische Geschehen dienen."

Der Pressekodex sei laut weiterer Darlegung der Satzung "Grundlage der journalistischen Tätigkeit in der Bundespressekonferenz". Dies gelte "ebenso für Journalisten, die als Gäste an Pressekonferenzen der Bundespressekonferenz teilnehmen". Der Brief vom 20. Juli endet mit dem Hinweis an Warweg: "Sollte sich Ihr Tätigkeitsfeld verändern, werden wir uns mit einem neuen Mitgliedsantrag befassen."

Der Journalist und die NachDenkSeiten-Redaktion haben juristische Mittel in die Wege geleitet, um gegen die Ablehnung zu klagen. Warweg kommentiert auf Twitter, dass die von "uns konsultierten Anwälte sich eigentlich recht optimistisch dazu geäußert haben".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300cbf9b480cc3d04388527.jpg>

Der Saal im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin, August 2022

13:59 de.rt.com: **Londons Bürgermeister warnt Briten vor Winter ohne Heizung und Lebensmittel**

Der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan hat erklärt, dass sich Millionen Briten in diesem Winter weder Heizung noch Lebensmittel leisten können, wenn die Regierung nichts unternimmt. Auf seiner Twitter-Seite schrieb er:

"So etwas haben wir noch nie gesehen. Wir stehen vor einem Winter, in dem Millionen von Menschen nicht zwischen Heizung und Essen wählen können und sich leider beides nicht leisten können. Das muss nicht passieren. Die Regierung muss eingreifen, damit die Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen können."

Khan fügte auch Statistiken der Agentur Bloomberg bei, aus denen hervorgeht, dass die durchschnittliche Stromrechnung im Vereinigten Königreich historische Werte übersteigen könnte.

Seit dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine hat der Westen den Sanktionsdruck auf Russland erhöht. Die Unterbrechung der Versorgungsketten hat die Preise für Kraftstoff, Strom und Lebensmittel in Europa und den USA in die Höhe getrieben. In Großbritannien sind Millionen von Haushalten von den steigenden Lebenshaltungskosten betroffen. Die Bank of England hat den Leitzins um den Rekordwert von 50 Basispunkten seit 1995 von 1,25 Prozent auf 1,75 Prozent pro Jahr angehoben. Die Quote ist nun auf dem höchsten Stand seit Dezember 2008, als sie bei zwei Prozent lag. Die Bank geht davon aus, dass die britische Wirtschaft ab dem vierten Quartal dieses Jahres in eine Rezession eintreten wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300ccdb48fbef0f77347039.jpg>

15:09 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukraine setzt Giftstoffe gegen russisches Militär in Saporoschje ein**

Die Ukraine hat nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums im Gebiet Saporoschje giftige Substanzen gegen das russische Militär eingesetzt. Das russische Militär sagte:

"Vor dem Hintergrund der militärischen Niederlagen im Donbass und in anderen Regionen sanktionierte das Selenskij-Regime terroristische Akte, bei denen chemische Giftstoffe gegen russische Soldaten und Zivilisten eingesetzt wurden. Am 31. Juli wurden russische Soldaten, die in der Nähe des Dorfes Wassiljewka im Gebiet Saporoschje im Einsatz waren, mit Anzeichen einer schweren Vergiftung in ein Militärkrankenhaus gebracht."

Bei den Untersuchungen wurde der giftige Stoff Botulinumtoxin Typ B in den Körpern der Soldaten gefunden.

Das Ministerium fügte hinzu, dass Spezialisten des Hauptforschungs- und Testinstituts für Militärmedizin des Verteidigungsministeriums in Sankt Petersburg eine zusätzliche Analyse durchgeführt haben, die die vorläufige Diagnose bestätigte.

Darüber hinaus teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass Dokumente, die den Akt des chemischen Terrorismus durch die Ukraine bestätigen, vorbereitet worden seien und in Kürze an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) geschickt würden. Das Verteidigungsministerium teilte außerdem mit, dass Russland eine zusätzliche Untersuchung der Vergiftung des Leiters der Regionalverwaltung von Cherson, Wladimir Saldo, mit chemischen Kampfstoffen durchführt.

15:48 de.rt.com: **Medienbericht: Attentat auf den Bürgermeister von Mariupol unternommen**

Auf den Bürgermeister von Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, wurde ein Attentat verübt. Dies wurde am 20. August von TASS unter Berufung auf eine Quelle im Rathaus [gemeldet](#).

Auf eine Frage zum Attentat antwortete der Gesprächspartner der Nachrichtenagentur:

"Ja, das war es. Alle sind am Leben, allen geht es gut."

16:09 de.rt.com: **Russland macht künftigen Betrieb von Nord Stream 1 von Gasnachfrage und Sanktionen abhängig**

Durch Nord Stream 1 fließt seit Wochen nur ein Fünftel der möglichen Gasliefermenge. Ende August wird die Ostseepipeline wegen Wartungsarbeiten für drei Tage stillstehen. Russland ruft den Westen auf, die von ihm selbst gebauten Probleme möglichst schnell zu lösen.

Russlands Vizeaußenminister Alexander Pankin hat in einem exklusiven Interview mit der

Nachrichtenagentur TASS über Aussichten für russische Gaslieferungen nach Europa über die Ostseepipeline Nord Stream 1 erzählt. Dabei machte er den künftigen Betrieb der Gasleitung von mehreren Faktoren abhängig. Der Diplomat hob hervor, dass Russland derzeit nach Europa nur die Gasmenge liefere, die technisch möglich sei.

"Wie die russische Seite mehrmals erklärt hat, sind die laufenden Einschränkungen bei den Lieferungen über die Gaspipeline ausschließlich durch die geltenden antirussischen Sanktionen Kanadas, der EU und Großbritanniens bedingt."

Pankin warf dem Westen vor, sich in seinen Restriktionen gegen Russland verzettelt zu haben. Dies verhindere eine erfolgreiche Lösung der Situation um den Transport und die Reparatur von Turbinen, die die Gaslieferungen über Nord Stream 1 nach Europa ermöglichen.

"Was den künftigen Betrieb von Nord Stream 1 betrifft, so hängt vieles von unseren Partnern ab."

Unter den entscheidenden Faktoren nannte der Diplomat die Gasnachfrage und die Auswirkungen der Strafmaßnahmen gegen Russland auf den Betrieb der Gasleitung. Die jetzige Reduzierung der Liefermengen sei nicht von Russland, sondern von der EU initiiert worden. Pankin berief sich dabei auf einen EU-Plan, auf russische Energiequellen bis zum Jahr 2030 zu verzichten.

Der russische Vizeaußenminister machte darauf aufmerksam, dass Moskau im Jahr 2021 alle seine Verpflichtungen im Rahmen der geschlossenen Gaslieferverträge erfüllt habe. Selbst in dieser komplizierten Zeit bemühe sich Russland darum, seinen Verpflichtungen nachzukommen. In diesem Zusammenhang rief Pankin den Westen auf, die von den westlichen Regierungen selbst gebauten Probleme so schnell wie nur möglich zu lösen. In diesem Fall werde sich die Situation auf dem Gasmarkt schnell normalisieren.

Pankin erklärte ferner, dass die bereits gebaute Gaspipeline Nord Stream 2 unter diesen Umständen ein Ausweg sein könnte. Das Projekt sei schon im Dezember 2021 betriebsfertig gewesen. Deutschland habe jedoch unter dem Druck aus den USA, Polen und den baltischen EU-Staaten beschlossen, es auf Eis zu legen. Dabei habe die Bundesregierung nur ihren eigenen Bürgern und Unternehmen geschadet. Selbst wenn die deutschen Behörden rein hypothetisch in den Betrieb von Nord Stream 2 einwilligen sollten, könnte momentan nur ein Strang davon genutzt werden, da die auf dem Territorium Russlands befindliche Infrastruktur bereits zum Teil für die Gasversorgung der nordwestlichen Regionen des Landes genutzt werde.

Am Freitag hatte Russland angekündigt, Gaslieferungen über die Ostseepipeline Nord Stream 1 Ende August für drei Tage zu unterbrechen. Vom 31. August bis zum 2. September werde wegen Wartungsarbeiten kein Gas nach Deutschland fließen. In dieser Zeit müsse die einzige funktionierende Turbine der Kompressorstation Portowaja überprüft und überholt werden. Nach Angaben des Staatskonzerns Gazprom sollten danach täglich wieder 33 Millionen Kubikmeter Erdgas geliefert werden – 20 Prozent der täglichen Maximalleistung, auf die Russland die Lieferung vor einigen Wochen verringert hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300df2cb480cc3fc71f9373.jpg>

16:30 de.rt.com: **Lwow will die sterblichen Überreste im Zweiten Weltkrieg gefallener Rotarmisten ausgraben und "entsorgen"**

Im westukrainischen Lwow (Lemberg) sollen die sterblichen Überreste von mehr als 3.000 Rotarmisten aus ihren Ehrengräbern auf dem Marsfeld ausgegraben werden. Anstelle ihrer Gräber wird an dieser Stelle ein Gedenkkomplex für die "Helden der Ukraine" errichtet, der an die im Krieg mit Russland Gefallenen erinnern soll, so der Exekutivausschuss des Lemberger Stadtrats.

Die sterblichen Überreste der sowjetischen Soldaten werden an einen anderen Ort gebracht. Aber es ist noch nicht entschieden, wohin genau. Vorgeschlagen wurde auch, die sterblichen Überreste zu "entsorgen", also zu verbrennen oder sonst zu vernichten. Die endgültige Entscheidung hierüber ist noch nicht gefallen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/6300ef4d48fbef4187063915.jpg>

Eine Frau legt am 9. Mai 2020 Blumen auf dem Marsfeld in Lwow nieder. Nun sollen diese Gräber nach dem Willen der Stadtverwaltung verschwinden.

16:40 de.rt.com: **Ukrainische Drohne fällt auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte – Teil psychologischer Kriegsführung?**

Der Vorfall mit der Drohne, die in den frühen Morgenstunden des Samstags auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte in Sewastopol fiel, sei Teil einer psychologischen Kriegsführung, [sagte](#) der Gouverneur von Sewastopol, Michail Raswosschajew, der Presse. Ziel des Angriffs sei es gewesen, die Einwohner der Stadt in Angst und Schrecken zu versetzen.

Zuvor hatte er erklärt, dass die mutmaßlich ukrainische Drohne am Samstagmorgen von einem Luftabwehrposten abgeschossen worden, auf das Dach des Hauptquartiers gefallen sei und dort Feuer gefangen habe. Es habe keine Verletzten gegeben, der Schaden sei gering. Eine Untersuchung ist im Gange.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. August 2022

Die Behörden der DVR führen weiterhin vorrangige Maßnahmen zur Wiederherstellung des sozialen und humanitären Bereichs durch.

6.977 Personen beantragten die Aufnahme in Gesundheitseinrichtungen.

In Mariupol wurden neue Kommunikationseinrichtungen in Betrieb genommen, neue Funkverbindungen werden installiert. In Donskoje wurde die Kommunikationsanlage repariert. ...

Pioniere untersuchten mehr als 23 Hektar Territorium und 10.000 Quadratmeter Firmengelände und neutralisierten 209 explosive Objekte.

Wir erinnern daran, dass einige Siedlungen der Volksrepublik Donezk mit explosiven Gegenständen übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen "Lepestok" über das Territorium von Donezk, Lugansk, Makejewka, Pantelejmonowka und die Umgebung von Jasinowataja gestreut. Derzeit führen Spezialdienste der DVR alle erforderlichen Minenräumungsmaßnahmen durch.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! ...

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiterhin das Passregime und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Siedlungen.

Bei Erhalt von Hinweisen auf verdächtige Personen und mögliche rechtswidrige Handlungen wenden Sie sich bitte umgehend an die Telefonnummern des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR.

17:57 de.rt.com: **DVR: Inzwischen 46 Menschen durch ukrainische Antipersonenminen verletzt**

Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben am Samstag über 46 Verletzte durch ukrainische Antipersonenminen berichtet. Unter den Betroffenen seien auch zwei Kinder. Eine Person sei ihren Verletzungen in einem Krankenhaus erlegen. Alle Opfer seien an Schmetterlingsminen vom Typ PFM-1 gestoßen.

Die in der UdSSR entwickelten Anti-Personen-Streulandminen PFM-1 sind dafür ausgelegt, insbesondere Füße und Beine zu verletzen. Die Sprengsätze dieses Typs sind besonders heimtückisch, weil sie relativ klein und unauffällig sind. Sie können von Flugzeugen, Hubschraubern und Artillerieraketen abgeworfen werden. Viele Opfer werden durch den Einsatz der Minen zu Invaliden: Tritt eine Person auf den "Schmetterling", müssen ihr infolge der Verletzungen oft Füße oder Beine amputiert werden.

Solche Minen sind deshalb international verboten. Die Behörden von Donezk haben jedoch ihren Einsatz durch die ukrainische Armee in mehreren Ortschaften registriert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/6301000eb480cc25ae525083.jpg>
g

Schmetterlinsmine vom Typ PFM-1 auf einer Straße in der Nähe der Siedlung Isbizkoje im Gebiet Charkow, 11. August 2022

abends:

18:30 de.rt.com: **Spaniens "MidCat-Pipeline" als Alternative zu Russlands Gas? – Paris signalisiert Ablehnung**

Die EU will künftig kein Gas mehr aus Russland importieren und sucht nach anderen Zulieferern. Zur Überwindung der Abhängigkeit von Moskau soll nun Spaniens Projekt der "Midi-Catalonia-Pipeline" reaktiviert werden. Aus Berlin kommt Unterstützung, aus Paris Medienberichten zufolge Ablehnung.

Ein großes Gaspipeline-Projekt, das von Madrid und Berlin befürwortet wird, stößt auf den Widerstand von Paris. Dies berichteten die Tageszeitung El País und mehrere andere spanische Medien diese Woche unter Berufung auf ein Schreiben des französischen Ministeriums für Energiewende.

Dabei geht es um das 2019 auf Eis gelegte Projekt "Midi-Catalonia-Pipeline". Durch die auch unter dem Namen "MidCat" bekannte Leitung sollte laut Plan Gas aus Algerien sowie auch Flüssiggas (LNG) von der Iberischen Halbinsel nach Zentraleuropa geleitet werden. Das Projekt wurde bereits 2013 zwischen Frankreich, Spanien und Portugal vereinbart, dann aber im Jahr 2019 gestoppt. Nun will Madrid mit Verweis auf die Überwindung der Energiekrise in der Europäischen Union die "MidCat-Pipeline" als Alternative zu russischen Erdgaslieferungen reaktivieren.

Das "MidCat"-Projekt sollte ein Gastransitnetz schaffen, das sich über Hunderte Kilometer quer durch Spanien und Frankreich erstreckt und eine Transitkapazität von etwa 7,5 Milliarden Kubikmetern Gas bietet. 2019 wurde es von Frankreich jedoch ausgesetzt, das einen Großteil der Kosten übernehmen sollte. Demnach sollte Paris zwei Drittel der etwa 3,1 Milliarden Euro aufbringen. Am Ende hielt Frankreich das Projekt finanziell für nicht tragfähig. Aus der EU sollen laut Medienberichten bereits rund sechs Millionen Euro investiert worden sein.

Die [Idee der Pipeline](#) wurde im Frühjahr 2022 wieder aufgegriffen, da aufgrund des Ukraine-Konflikts eine drohende Energiekrise wegen möglicher Kürzungen der Gaslieferungen aus Russland – dem wichtigsten Energielieferanten des Kontinents – befürchtet wurde. Laut der spanischen Zeitung El País "drängen" Madrid und Berlin darauf, das Projekt "wiedezubeleben". Paris scheint jedoch nicht überzeugt zu sein.

"Ein solches Projekt würde in jedem Fall viele Jahre benötigen, bis es in Betrieb genommen werden kann", erklärte das von Agnès Pannier-Runacher geleitete französische Ministerium in einer per E-Mail übermittelten Erklärung, die El País und mehrere andere spanische Medien demnach einsehen konnten. Unter anderem soll in dem Schreiben aus Paris darauf verwiesen worden sein, dass "MidCat" wahrscheinlich nicht zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise in der EU oder der potenziellen Engpässe im kommenden Winter beitragen würde. Stattdessen schlug das französische Ministerium laut Berichten vor, weitere Flüssiggas-Terminals als "kleinere und schnellere Investitionen" zu bauen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte vergangene Woche auf einer Pressekonferenz in Berlin erklärt, dass er seine spanischen und portugiesischen Amtskollegen gebeten habe, das Projekt zu "diskutieren". Zudem sei er mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diesbezüglich "im Gespräch".

Macron hat sich bisher nicht öffentlich zu dem Projekt geäußert. Das französische Ministerium für Energiewende erklärte, dass "MidCat" Gegenstand eines "Dialogs zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten" sein muss, und wies darauf hin, dass auch "die europäische Solidarität und unsere Klimaziele" berücksichtigt werden sollten. Aus Madrid kam diese

Woche von der dritten stellvertretenden Ministerpräsidentin Teresa Ribera, die auch Ministerin für ökologischen Wandel ist, prompt der Verweis darauf, dass man die Pipeline künftig auch für den Transport von Wasserstoff nutzen könnte, der ja zu den erneuerbaren Energiequellen zählt.

Spanien selbst bezieht sein Erdgas über zwei Unterwasser-Leitungen – die Maghreb-Europa-Pipeline und die Medgaz-Pipeline – aus Algerien.

Andere Stimmen in Spanien spekulierten darüber, dass Paris mit seiner Zögerung hinsichtlich der Projekt-Belebung Konkurrenz zu seinen Energieexporten befürchtet. Frankreich habe "Angst vor grünem Wasserstoff aus dem Süden", sagte etwa der spanische Europaabgeordnete Nicolás González Casares und fügte hinzu, dass die französischen Behörden "ihre Atomkraft schützen wollen".

Andere Analysten verweisen wiederum darauf, dass die Wiederbelebung des "MidCat"-Projekts wohl vor allem vor dem Hintergrund der steigenden LNG-Importe in der EU wieder an Attraktivität gewinnen würde. Über die Pipeline könnte demnach vor allem der Zugang zu den spanischen und portugiesischen Flüssiggas-Terminals verbessert werden. Spanien und Portugal verfügen über acht Regasifizierungsanlagen. Auch nach Deutschland könnte das LNG von der Iberischen Halbinsel aus weitertransportiert werden. Die Bundesrepublik verfügt bislang über kein Flüssiggas-Terminal, will aber bis zum Jahresende in Wilhelmshaven und Brunsbüttel schwimmende Terminals in Betrieb nehmen.

Die weltweit enorm steigenden Energiepreise haben in der EU zu einer Krise geführt. In dieser Woche überstiegen die Kosten für Gas-Termingeschäfte am niederländischen TTF-Hub zum ersten Mal seit März die Marke von 2.600 US-Dollar pro tausend Kubikmeter. Prognosen zufolge könnten die Preise in diesem Winter um 60 Prozent bis auf 4.000 US-Dollar pro tausend Kubikmeter ansteigen. Anfang dieses Monats billigte die EU einen Plan, wonach die Mitgliedstaaten ihren Gasverbrauch um 15 Prozent senken sollen, um die Krise zu bewältigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/6300d6a7b480cc5cdc189556.jpg>

Ein Arbeiter am 29. März 2022 in der größten europäischen Regasifizierungsanlage von Enagas an der Muelle de la Energia im Hafen von Barcelona

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.08.2022 um 19.30 Uhr

Im Laufe des heutigen Tages hat der Feind nach Angaben der Repräsentanz der DVR im GZKK mehr als 160 Geschosse aus MLRS BM-21-Grad, 155-, 152- und 122-mm-Rohrartillerie und 120-mm-Mörsern abgefeuert sowie un gelenkte Raketen des Kalibers 80 mm eingesetzt.

Das Feuer wurde auf die Gebiete von 6 Ortschaften der Republik eröffnet. Als Folge des Beschusses wurden **8 Zivilisten verletzt**. 2 zivile Infrastruktureinrichtungen und 2 zivile Fahrzeuge wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an der Infrastruktur werden

spezifiziert.

Die Arbeiten zur Räumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden fortgesetzt. Wir bitten Sie, vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu stärken. Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass bei der Ausübung des Militärdienstes im Kampf um die Unabhängigkeit **6 Verteidiger der Volksrepublik Donezk getötet und 6 weitere verletzt** wurden.

Wir sprechen den Familien und Freunden der Opfer unser aufrichtiges Beileid aus.

19:02 de.rt.com: **USA warnen Türkei: Russische Bürger und Unternehmen versuchen, das Land zur Umgehung von Sanktionen zu nutzen**

Der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo hat mit seinem türkischen Amtskollegen Yunus Elitaş die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen thematisiert. Das entsprechende [Telefonat](#) fand am 19. August statt. Dabei machte der hochrangige US-Beamte die türkische Seite darauf aufmerksam, dass russische Bürger und Unternehmen derzeit versuchten, die von den USA und weiteren 30 Staaten eingeführten Restriktionen über die Türkei zu umgehen. Adeyemo und Elitaş besprachen die Bemühungen, die Sanktionen gegen Russland umzusetzen und zu stärken. Der US-Vizefinanzminister bekräftigte dabei, Washington sei an einer erfolgreichen türkischen Wirtschaft und an einer Partnerschaft mit Ankara interessiert, um die Integrität seines Bankensektors zu schützen. Die Türkei hatte sich bislang keinen westlichen Sanktionen gegen Russland angeschlossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/63010c8a48fbef45217fa68c.jpg>

19:26 de.rt.com: **Rechtsextreme Einheit soll 100 ukrainische Soldaten exekutiert haben**

Laut dem russischen Verteidigungsministerium haben extremistische Elemente in der ukrainischen Streitkräfte eigene Soldaten hingerichtet, die ihre Stellungen aufgegeben hatten. Die Strafaktion soll zwecks Einschüchterung der restlichen Truppe angeordnet worden sein. Etwa 100 ukrainische Soldaten sollen von den nationalistischen Kämpfern des Kraken-Regiments hingerichtet worden sein, weil sie ihre Stellungen verlassen hatten, so die Verlautbarung des russische Verteidigungsministeriums beim täglichen Lagebericht vom Freitag.

Nachdem russische Streitkräfte am 14. August in der Nähe der Siedlung Udy in der Region Charkow einen Angriff auf die 58. motorisierte Infanteriebrigade der Ukraine durchgeführt hatten, flohen die Überlebenden der Formation aus ihren Stellungen und zogen sich zurück, sagte der Sprecher des Ministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow. Um "die Ordnung" wiederherzustellen und die Soldaten der Streitkräfte der Ukraine einzuschüchtern, hätten Kämpfer des neonazistischen Kraken-Regiments rund 100 Soldaten der 58. motorisierten Infanterie-Brigade exekutiert.

Das Regiment Kraken bezeichnet sich selbst als eine spezielle Aufklärungs- und Sabotageeinheit des ukrainischen Verteidigungsministeriums, die autonom neben den regulären Streitkräften operiert. Moskau hingegen sieht in diesem Regiment einen Ableger des berüchtigten Neonazi-Regiments Asow, das im vergangenen Mai in der Stadt Mariupol eine vernichtende Niederlage erlitten hatte. Das russische Verteidigungsministerium wirft dem Bataillon vor, seit Beginn des Konflikts mehrere Kriegsverbrechen begangen zu haben, und beschuldigt es zudem, verantwortlich für brutale Misshandlungen russischer Kriegsgefangener zu sein.

Während es keine Informationen darüber gibt, über wie viele Kämpfer das Kraken-Regiment verfügt, gehen Schätzungen von Beobachtern davon aus, dass die Regimentsstärke bei etwa 1.800 Kämpfern liegt, von denen die meisten Veteranen des Regiment Asow sein sollen. Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine hat das russische Verteidigungsministerium regelmäßig von der Liquidierung von Hunderten von Kämpfern aus dem Kraken-Regiment sowie aus anderen nationalistischen Divisionen berichtet.

Im Lagebericht vom vergangenen Freitag berichtete das russische Verteidigungsministerium zudem von der Zerstörung provisorischer Sammelplätze der Formationen Asow und Aidar in der Nähe der Stadt Soledar in der Volksrepublik Donezk und vermeldete dabei, über 50 Neonazi-Kämpfer und zwölf Einheiten militärischer Ausrüstung eliminiert zu haben.

Die Kämpfer des Regiments Asow sind seit der Niederlage und der Kapitulation in Mariupol praktisch von der Bildfläche verschwunden. Die mediale Lücke wird nun vom Regiment Kraken gefüllt, einer Kampfeinheit, die im Schatten der ukrainischen Armee kämpft. Die Kraken-Einheit wurde am 24. Februar, mit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine, von ehemaligen Kämpfern des Regiment Asow gegründet, wie ein ukrainischer Militärsprecher den Medien erklärte. Damit seien die Kraken quasi der kleine Bruder der berüchtigten neonazistischen Einheit Asow.

Das Regiment wird vom 26-jährigen Konstantin Nemitschew kommandiert. Dieser begann seine politische Karriere in der rechtsradikalen Partei "Nationalkorps", der er noch vor seinem Hochschulabschluss beitrug und für die er im vergangenen Jahr für das Amt des Bürgermeisters von Charkow kandidierte. Mit gut vier Prozent der Stimmen landete er bei den Wahlen auf dem vierten Platz. Er konnte dabei vor allem auf die Unterstützung junger "gewaltbereiter Fußballfans" zählen, von denen jetzt viele in seiner Einheit dienen, wie die Washington Post berichtete.

Das Bataillon Kraken wird beschuldigt, russische Kriegsgefangene zu misshandeln, was ein Kriegsverbrechen darstellt. Im vergangenen Monat setzte Moskau Nemitschew auf eine Fahndungsliste, da er laut einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur TASS für die Ermordung von acht russischen Kriegsgefangenen verantwortlich sei.

19:31 de.rt.com: **Explosion am Zoo von Mariupol – vermutlich Terroranschlag**

Das Innenministerium der Volksrepublik Donezk untersucht zurzeit die Ursachen einer Explosion, die sich am Samstagnachmittag in der Nähe des Zoos von Mariupol ereignet hatte. Um 15.11 Uhr ging beim städtischen Polizeirevier eine Meldung über die Explosion noch eines Sprengkörpers ein. Es gab keine Opfer. Vorläufige Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein improvisierter Sprengsatz mit chemischen Sprengköpfen gezündet wurde und mit Metallelementen befüllt war.

Der Anschlag wird nach der vorläufigen Hypothese der Ermittler damit in Verbindung gebracht, dass sich der Leiter der Stadtverwaltung von Mariupol, Konstantin Iwaschtschenko, zu diesem Zeitpunkt zu einem Arbeitsbesuch im Zoo aufhalten sollte. Ein vom Ministerium veröffentlichtes [Foto](#) zeigt den Ort der Explosion.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XLknIAXIHbdZjAMdNsW1yWhMawCUxA1lliTu4CNaRHh1DBWGeXZGrYL0zH4_yzQqLDWOyb2twEMQUOsPMr-1J7AKVfaQrNXI_GowMZJUmsVPJdK49uF1y4eZrj5tJYEIEbMD8zE5-5CkYEyI-Zi9yrM-h41D1YqkEMVpuTeVLk2n_59JQtIOL-NT-SX7d-VdvCPbm9FsyOalgDbex1J8yPE_QV8OvJGILEdBSQDZ1QHmv_0roppg_r7HU3jo1KOQr0iAVDJ76acf-gQW3D-mChwxmD9m3-BbqQe9484DvEnI4Ofz_J0awRgk6O9CBvC2E4ouhK1ABC6ocx39R XRVA.jpg

20:11 de.rt.com: **Folgen ukrainischen Beschusses in Lissitschansk**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Freitag die Stadt Lissitschansk (Volksrepublik Lugansk), die sich seit mehreren Wochen unter Kontrolle der Republikkräfte befindet, [mit schwerer Artillerie beschossen](#). Auf die Stadt wurden mindestens zwölf Granaten abgefeuert. Dabei wurde eine Station der medizinischen Rettungsdienste schwer beschädigt. Die beiden noch funktionsfähigen Rettungsfahrzeuge der Sanitäter wurden zerstört.

Man kann von Glück reden, dass niemand von den Sanitätern ums Leben kam. Irina Grebenjuk, die stellvertretende leitende Rettungssanitäterin des Rettungsdienstes:

"Bei uns wäre fast eine ganze Schicht gestorben. Es ist gut, dass die Jungs schnell reagiert und alle überlebt haben. Ich hatte den Eindruck, dass es um Rache ging. Eine gezielte Sabotage dafür, dass wir nicht weggegangen sind, zu Hause geblieben sind, den Bahnhof gerettet haben. Dafür, dass wir weiterarbeiten, egal was passiert."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/q-izZTRmcaqez1eWwjZxyHOni9OR_arR-

[BztfMo7mTjCFMY-
dJuzEZSbDcv83HHIzUKBsOLEA4GiK3DqeMXXLjnSgSHqDKI37ytibSutk6hkiYKPBL6o
3QtJSq0kv3RMUeQgEIyHJrURX-
vFi82BYpvkeH2_6Pa0O_i6kXkpMpTVGVJMn0hC59gPWuARt06KSMuEh_OiZD2k2EJIU
U9rEtXx8CE4946tsNyQLMCwWWDRwFzVUh5Hte7zDRW4u6fimxkpw3LH1GP2I8Nolh
XFvx6mCW_3_mmQCGKtvTNnbj62tGYz99qm9VULi7KC7A4btlEL6OjaU5CR-
0OMUkKw](#)